

**Newsletter des
Bundeselternnetzwerks
der Migrantenorganisationen für
Bildung & Teilhabe (bbt)**

Nr. 3 / 20.10.2017



Dr. Ulrich Jahnke

**Grußwort von Dr. Ulrich Jahnke,
RL AS 1 im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für
Migration, Flüchtlinge und Integration**

**anlässlich der Fachtagung des Bundeselternnetzwerks der Migrantenorganisationen
für Bildung & Teilhabe „Elternbeteiligung und Elternengagement in der
Einwanderungsgesellschaft“ am 19. Oktober 2017 in Berlin**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Kleindiek,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Gründungsorganisationen,
sehr geehrte Frau Professor Boos-Nünning,
Sehr geehrte Frau Kuczynski,
liebe Frau Huth,
meine Damen Herren,

I.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoğuz hat mich gebeten, Ihnen für die Einladung zur heutigen ersten Fachtagung zu danken. Ich darf Ihnen Ihre Grüße und vor allem einen herzlichen Glückwunsch anlässlich der Gründung des Bundeselternnetzwerkes für Bildung und Teilhabe übermitteln.

In der 18. Legislaturperiode hat die Förderung der Integration durch die gesamte Bundesregierung und die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen eine neue Qualität gewonnen. Das zeigt sich auch darin, dass zu den durch die Staatsministerin inhaltlich zu den Themenjahren mit den Schwerpunkten Ausbildung, Gesundheit und Partizipation jeweils Positions-



papiere durch Migrantenorganisationen vorbereitet und als Diskussionsgrundlage vorgelegt wurden.¹

II.

Erlauben Sie einige fachliche Anmerkungen:

Ein altes Sprichwort besagt: „Wenn wir nicht wahrhaft im gegenwärtigen Augenblick sind, verpassen wir alles.“

Was heißt das in Bezug auf Integration?

Die Politik hat es lange verpasst, Deutschland als Einwanderungsland wahrzunehmen und Integration entsprechend als Herausforderung, staatliche Aufgabe und positive An- und für manche auch Zumutung anzusehen, die uns alle und nicht nur diejenigen betrifft, die hinzukamen und kommen.²

Das hat sich in den letzten 12 Jahren deutlich verändert: Integration war und ist Chefsache, indem die Bundeskanzlerin über inzwischen drei Legislaturperioden im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz den Schwerpunkt Integration gesetzt hat und das Amt der Beauftragte entsprechend unmittelbar im Kanzleramt verankert hat. Konkrete Integrationserfordernisse und Fortschritte wurden durch 9 Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin mit allen relevanten politischen wie zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Fokus gerückt. Der damit verbundene integrationspolitische Paradigmenwechsel beinhaltet drei Kernbotschaften:

- 1) Gutes Zusammenleben basiert auf klaren Regeln und Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe³,
- 2) Verantwortung muss – Ebenen übergreifend – da wahrgenommen werden, wo sie ist, und
- 3) Es kommt darauf an, miteinander und nicht übereinander zu reden und wo immer dies möglich ist Betroffene zu Beteiligten zu machen.

Darauf aufbauend wurden mit dem Nationalen Integrationsplan⁴ und dem darauf aufbauenden Nationalen Aktionsplan Integration⁵ von Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesell-

¹ Vgl.: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Integrationsgipfel/2014-11-28-mo-papier.html>;
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Integrationsgipfel/Integrationsgipfel-2015/2015-11-16-mo-papier-2015.html>;
<https://drive.google.com/file/d/0B0IHn0rcy4UmeFVJb1FjZDZVTVk/edit>.

² Vgl.: https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/Bade_Migration.pdf.

³ Vgl.: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Artikel/2006/07/_Anlagen/2006-07-14-gutes-zusammenleben-klare-regeln.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

⁴ Vgl.: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Artikel/2007/07/Anlage/2007-08-30-nationaler-integrationsplan.pdf?__blob=publicationFile&v=1.



schaft Instrumente zur Umsetzung vereinbarter Zielstellungen entwickelt, der Grundlage der Integrationspolitik der Bundesregierung ist⁶. Die Bundesregierung war auch aufgrund dieser langfristigen Schwerpunktsetzung inhaltlich auf die aus der Flüchtlingssituation entstandenen Integrationsaufgaben vorbereitet.

Welche Bedeutung dabei der Bildungsintegration zukommt betonte die Bundeskanzlerin in ihrer programmatischen Rede anlässlich des ersten Demografie Gipfels am 4. Oktober 2012 folgendermaßen:

„Wenn es uns nicht gelingt, dass diese Menschen (mit Migrationshintergrund-UJ) in Deutschland vergleichbare Bildungsniveaus oder Bildungsabschlüsse haben wie diejenigen mit jahrhundertalten deutschen Wurzeln, dann haben wir ein noch größeres Problem als das der unterschiedlichen Balance zwischen Jüngeren und Älteren. (...) Ich habe dieses Thema schon 2005 im Bundeskanzleramt angesiedelt, weil ich gesehen habe, dass es einer zentralen Regelung oder Behandlung bedarf, um zu zeigen: Das ist wirklich wichtig.“⁷

Mit dem Paradigmenwechsel wurden Migrantenorganisationen in ihrer Rolle und dem Selbstverständnis als integrationspolitische Akteure erheblich gestärkt und ihr jahrzehntelanges Engagement öffentlich sichtbarer – und das zu Recht!

Lange bevor die Politik das Integrationsthema für sich entdeckte waren Migrantenorganisationen aktiv: Als der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Horst Kühn 1978 berufen wurde –hatte der Bund Spanischer Elternverein bereits das pubertierende Alter von 14 Jahren erreicht, der Bundesverband der Griechischen Gemeinden war bereits mit 23 Jahren „volljährig“.

Die Ausgangsbedingungen für die Gründung von Elternvereinen waren anders - ich zitiere dazu exemplarisch die Darstellung des Bundes der Spanischen Elternvereine:

„Anfang der sechziger Jahre waren es in der Mehrzahl unverheiratete und junge verheiratete Männer, die nach Deutschland kamen. Den Männern folgen die Frauen und später die Kinder. Die Wohnungsstruktur der BRD war äußerst eng. Der Wiederaufbau der Städte Deutschlands hielt mit dem Bedarf an Wohnungen für die Einheimischen nicht Schritt. Neubauwohnungen in der Innenstadt waren nur zu überhöhten Mieten zu bekommen. (...) Im Bereich der Kindergärten war es nicht besser. Die geburtenstarken Nachkriegsjahre überforderten die bestehenden freien und kommunalen Kindergärten und Kindertagesstätten. Die langen Anmelde Listen, der Mangel an Ganztageseinrichtungen und nicht zuletzt der Mangel an Information verursachen das Fernbleiben der ausländischen Kinder von Kindergärten. Am schlimmsten betroffen waren die Kinder, die ins Schulalter kamen. Das Problem wurde spät

⁵ Vgl.: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile.

⁶ Vgl.: https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile, S. 106.

⁷ Vgl.: <https://www.bundeskanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2012/10/2012-10-04-bkin-demografiegipfel.html>.



von den Kultusministerien wahrgenommen und als ein vorläufiges Problem betrachtet, das nicht in ihren Kompetenzbereich fiel und ganz davon abgesehen überhaupt ein schulpädagogisches Konzept zur Eingliederung der ausländischen Kinder in das deutsche Schulsystem fehlte. Bis Ende der sechziger Jahre blieb es mehr oder weniger bei provisorischen Lösungen. Dazu kam die mangelnde Absprache und Fehlen von Kompetenzerklärungen zwischen dem spanischen und deutschen Staat. (...) Um dieser Fehlentwicklung entgegen zu wirken, fingen Eltern an, sich zu treffen, um dauernde Lösungen für ihre Kinder herbeizuführen. (...) Zunächst waren es Elternräte (...) ,allmählich gingen in Elternvereine über.“⁸

Wir wissen heute aus langjähriger Zusammenarbeit, welche Kraft Migrantenorganisationen entwickeln können, wo ihre Kompetenzen und Stärken liegen und dass ihre Grenzen oft da beginnen, wo die weitere Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements einer strukturellen Grundförderung bedarf. Dass das BMI sich hier seit Jahren engagiert ist für den eingangs angeführten Paradigmenwechsel essentiell, ebenso die Förderpolitik des BMFSFJ, des BMAS, des BMG und des BMI, die die Einbeziehung von Migrantenorganisationen vorsieht.

Heute gibt es starke und selbstbewusste Migrantenorganisationen, die im Bereich der Förderungen Akteure und nicht Unterauftragnehmer sein wollen und sind.

III.

Wer heute sagt: „Ohne Eltern geht nichts!“ findet durchweg Zustimmung, anders ist es bei der Frage, was damit gemeint ist. Eltern sind weder pädagogische Hilfskräfte noch Universal-Kümmerer zur Realisierung staatlicher Bildungs- und Erziehungsziele, sie sind aber auch nicht Universal-„Bestimmer“, die Bildungs- und Betreuungsdesigns nach eigener Anmutung zur Optimierung ihrer Ziele für ihre Kinder definieren können. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Eltern und Bildungsinstitutionen wie Kindertageseinrichtungen und Schulen bedarf einer guten regelhaften Verschränkung von Eltern und Kita bzw. Eltern und Schule, um die Erziehungs- und Bildungsaufgabe in geteilter elterlicher und öffentlicher Verantwortung erfüllen zu können.

Ohne den fachlichen Input von Frau Prof. Boos-Nünning vorweg nehmen zu wollen:

- 1) Studien belegten durchweg die große Bedeutung elterlicher und familiärer Ressourcen für den Bildungserfolg von Kindern.
- 2) Sie belegen, dass Eltern großen Einfluss auf den Bildungsverlauf ihrer Kinder nehmen können.

⁸ Vgl.: <http://www.confederacion.de/geschichte/>.



- 3) Wir wissen seit langem, dass insbesondere Eltern mit Migrationshintergrund starke Bildungsambitionen und ein großes Bildungsinteresse haben, dies allerdings oft nicht umsetzen können.
- 4) Analog dazu zeigt die Bildungsberichterstattung von Bund und Ländern zum Schwerpunkt Bildung und Migration in der Spanne von 10 Jahren, dass wir in Bezug auf die Verbesserung der Bildungssituation weniger Fakten-, sondern Fortschritte aber auch nach wie vor Umsetzungsprobleme haben⁹.

Um Umsetzung geht es – auch in der Elternarbeit. Elementare Voraussetzungen für Elternbeteiligung sind das Eltern umfassend informiert sein müssen und sie das Interesse und die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung aufbringen. Bildungsinstitutionen müssen allerdings auch in die Länge versetzt werden, die strukturellen Rahmenbedingungen so gestalten, dass Eltern im erforderlichen Umfang am Bildungsgeschehen teilhaben können und dies akzeptierend lernen.

Familien- und elternbezogene Förder- und Interventionsansätze weisen in ihrem Zielgruppenbezug – vereinfacht – und mit unterschiedlichen Anteilen die Dimensionen „**Kommen! / Holen! / Bringen!**“ auf.

- „Kommen!“ beinhaltet: Es gibt ein Angebot – zu dem Mann/Frau/Kind und Jugendliche kommen können,
- „Holen!“ beinhaltet, es gibt Angebote, die die Zielgruppe nur dann erreichen, wenn sie zu den Angeboten geholt wird – hier liegt nach meiner Wahrnehmung Ihre Kernkompetenz aber auch die Erwartung an Sie,
- „Bringen!“ beinhaltet, das – manchmal auch unbestellt und z.B. zugunsten des Kindeswohls – Informationen, Unterstützungen wie Hilfen zur Erziehung aber auch Interventionen – z.B. des SGB VIII - beinhaltet.

Herr Staatssekretär Kleindiek hat die beeindruckende Leistungsbilanz des BMFSFJ vorgestellt, ergänzend hinweisen möchte ich auf das Handlungsfeld „Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern mit Migrationshintergrund“ verweisen, in dem das BMAF in Einzelprojekte gefördert, in denen Migrantenorganisationen entsprechende Angebote für Eltern mit Migrationshintergrund erfolgreich umsetzen konnten. In Ländern und Kommunen existieren zahlreiche weitere Projekte und Programme in unterschiedlicher Trägerschaft, die an Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser oder Bildungseinrichtungen gekoppelt sind und häufig mehrere Akteure aus Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie der Kinder- und Jugendarbeit einbeziehen.

⁹ Vgl.: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2016/pdf-bildungsbericht-2016/bildungsbericht-2016>.



Aus Sicht der Beauftragten beinhaltet die „Hol“ –Dimension vor allem, dass diejenigen Eltern stärker angesprochen und auch erreicht werden müssen, die keine spezifischen Kenntnisse des Bildungssystems haben und/oder nur über geringe sprachliche und kommunikative Kompetenz verfügen.

Bildungseinrichtungen und die unterstützenden Angebote wie z.B. von Elternvereinen sollen und müssen vor allem die Eltern erreichen, die eben nicht von allein in die Schule kommen, die nicht den Elternsprechtage nutzen und aus unterschiedlichsten Gründen ihre Erziehungs- und Bildungsaufgaben nicht im gewünschten oder erforderlichen Maße erfüllen oder erfüllen können.

Es geht darum, jene Eltern für das Bildungsgeschehen zu gewinnen, die nicht aus sich heraus motiviert sind, überfordert und erschöpft sind oder keinen Zugang zur Kita bzw. Schule ihres Kindes finden.

Für deren Kinder müssen Nachteile im Bildungsverlauf verhindert und Bildungsungleichheit abgebaut werden – gegebenenfalls auch durch Kombination von Hol- und Bring-Ansätze.

Aus Sicht der Beauftragten geht es darum, Eltern und deren Kompetenzen für die professionelle Bildungsbegleitung ihrer Kinder zu stärken und Informationen zum deutschen Bildungssystem kultursensibel zu vermitteln, interkulturelle Kompetenzen der Akteure in den Bildungsinstitutionen zu fördern und Zugänge für Eltern zu schaffen sowie hinreichende Ressourcen für eine strukturell verankerte und flächendeckende Kooperation von Elternhaus und Bildungseinrichtung auf Augenhöhe bereitzustellen.

Auf diesen Baustellen gibt es noch einiges zu tun – wie Ergebnisse des Forschungsprojekts der Vodafone Stiftung Deutschland und des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) 2015 zeigten. Zusammenfassend wird festgestellt:

- Dass das Ziel eines flächendeckenden und qualitätsgesicherten Angebots und einer interkulturellen Öffnung noch nicht erreicht ist.
- Dass Bildungsinstitutionen mehr Unterstützung brauchen, um die erforderlichen Erziehungs- und Bildungspartnerschaften mit den Eltern aufzubauen.
- Dass der Rechtsrahmen zwar stimmt; Länder und Kommunen Kitas und Schulen aber finanziell und personell auch so ausstatten müssen, dass Elternarbeit als zusätzliche und zeitaufwändige Aufgabe bewältigt werden kann.
- Dass die pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen sowie die Lehrkräfte und sozialpädagogischen Kräfte an Schulen in der Aus- und Fortbildung intensiv auf die Umsetzung einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Eltern vorbereitet werden.



Die hier vereinten Organisationen führen seit Jahren Angebote für Eltern durch. Wichtig ist nun, daraus einen Mehrwert zu generieren.

Die Beauftragte hält es für erforderlich, dass die Forschung vor allem zu Fragestellungen intensiviert wird, die die Nutzung und die Wirkung bestehender Angebote betreffen. Aus Sicht der Beauftragten gibt es folgende offene Forschungsfragen:

- Die Konzepte, Zielrichtungen und praktische Ausgestaltung der unterstützenden Angebote für Eltern sind vielfältig, eine Gesamtübersicht fehlt allerdings. Das breite Spektrum an Angeboten zur Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund ist bisher aufgrund fehlender Daten im Detail nicht darstellbar.
- Es wäre wichtig zu wissen, wie viele Eltern welche Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen und wie Eltern mit Migrationshintergrund die Angebote wahrnehmen.

IV

Ich komme nicht mit leeren Händen: Die heutige Fachtagung ist für uns Anlass zu einer Premiere besonderer Art: Auf Initiative des Arbeitskreises Neue Erziehung – Ihnen allen bekannt über die Elternbriefe - hat die Beauftragte die Entwicklung einer App Namens „Bildungsguide“ in 6 Sprachen gefördert, die Sie kostenlos im Google Play Store herunterladen können¹⁰. Dabei geht es um strukturierte Einsteigerinformationen zum Bildungssystem in Deutschland von der Geburt bis in die Grundschule. Ich möchte Sie herzlich bitten, die App zu nutzen und dort, wo es aus Ihrer Sicht der Präzisierung/ Ergänzung bedarf auf des Arbeitskreis Neue Erziehung zuzugehen – gerne auch über uns. Das betrifft ebenso die von der Beauftragten gemeinsam mit der Deutschen Telekom aufgesetzte mehrsprachige Informationsknotenpunkt „Handbook Germany“, der relevante für Neu Zugewanderte alltagstaugliche Informationen zur Verfügung stellt¹¹.

V.

Der Beauftragten ist es ein wichtiges Anliegen, mit dem nun geründeten Bundeselternnetzwerk künftig eng zusammen zu arbeiten und die Arbeit des Netzwerkes wie der in der Elternarbeit aktiven Migrantenorganisationen zu unterstützen. Sie regt an, Kooperation mit Elternvertretungen auf Landes- und Bundesebene anzustreben.

¹⁰ Vgl.: https://play.google.com/store/apps/details?id=com.step_byte_service.ane_welcome_app.

¹¹ <https://handbookgermany.de/de.html>.



Ich bin mir sicher, dass das Bundeselternnetzwerk und die in ihm verbundenen Organisationen mit Ihren Erfahrungen, ihrem Engagement und gemeinsam dazu beitragen können und beitragen werden.

Ich wünsche der ersten Tagung und Ihrer weiteren Arbeit Erfolg!

Herausgeber

INBAS-Sozialforschung GmbH

Redaktion: Melisa Bel Adasme, Susanne Huth

Nonnenpfad 14

60599 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (0) 69 680 98 90-0

Fax: +49 (0) 69 680 98 90-19

E-Mail: info@inbas-sozialforschung.de

Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main

Registergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main

HRB Nr. 56944, Ust-IdNr.: DE 813776169

Geschäftsführung: Susanne Huth, Dr. Jürgen Schumacher